



Gisela Piltz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende
der FDP-Bundestagsfraktion

Newsletter vom 26. Februar 2010

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und -freunde,*

gerne möchte ich Ihnen abschließend von der zu Ende gehenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichten.

Viele von Ihnen habe ich ja bereits am vergangenen Wochenende beim Kreisparteitag in Düsseldorf gesehen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen nochmals für das große Vertrauen danken, das Sie mir als Kreisvorsitzende ausgesprochen haben.

Insbesondere habe ich mich in dieser Sitzungswoche mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

- 1. Verlängerung des Afghanistan Einsatzes**
- 2. Hartz IV Debatte im Plenum**
- 3. Zugangserschwerungsgesetz**
- 4. Rede zum Arbeitnehmerdatenschutz**

1. Verlängerung des Afghanistan Einsatzes

Heute hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung darüber abgestimmt, ob der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert wird. Eine breite Mehrheit des Bundestag hat den Antrag der Regierungsfractionen unterstützt. Der so verabschiedete Antrag der christlich-liberalen Bundesregierung sieht vor, dass insgesamt bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt werden können, davon 350 als flexible Reserve, um auf besondere Situationen wie etwa die Absicherung der Parlamentswahlen angemessen reagieren zu können. Zudem wird der Anteil der Bundeswehrangehörigen, die im Bereich der Ausbildung und des Schutzes eingesetzt sind, von derzeit 280 auf 1.400 deutlich erhöht werden. Die Bundeswehr soll wie bisher die hinzukommenden deutschen Polizeiausbilder schützen und die Polizeiausbildung durch Feldjäger unterstützen. Für eine Verlängerung des Mandats bis 28. Februar 2011 gibt die Regierung Kosten von 271,5 Millionen Euro an. Mein Kollege Rainer Stinner betonte im Plenum, dass nun zum ersten Mal eine gemeinsame Strategie vorliege. "Erstmals wird in Deutschland die vernetzte Strategie wirklich umgesetzt", sagte Stinner. Noch nie zuvor hätten alle beteiligten Ministerien so intensiv miteinander zusammen gearbeitet. In der Debatte zeigte die Fraktion die LINKE ein groteskes Verhalten. Während der bis dahin weitgehend

sachlichen Diskussion erhoben sich die Abgeordneten der LINKS- Fraktion und hielten Transparente mit Namen von verstorbenen Afghanen hoch. Der Bundestagspräsident, Prof. Dr. Norbert Lammert, sah in diesem Vorgang eine Störung des Sitzungsablaufs und verwies die Abgeordneten des Plenarsaales. Es ist natürlich eine Gewissensentscheidung für jeden einzelnen Abgeordneten, ob man ein Bundeswehreinsetz verlängert und es ist richtig, dass alle Argumente der Debatte vorgetragen werden. Die Argumente sollen dabei aber sachlich und ohne polemisierende Aktionen vorgetragen werden. Auf Kosten unserer Soldaten oder der Bevölkerung in Afghanistan Politik zu machen finde ich absolut nicht in Ordnung. Das Mandat ist viel zu sensibel, um in dieser diskreditierenden Form behandelt zu werden. Wie mögen sich unsere Soldaten fühlen, wenn sie von der Aktion der LINKEN im Plenum erfahren? Ich rufe zur sachlichen Debatte auf und stelle mich klar hinter den Afghanistaneinsatz, den der Deutsche Bundestag beschlossen hat. Daher habe ich dem Einsatz erneut zugestimmt, weil ich glaube, dass dieser Einsatz unerlässlich ist, um die Lage in Afghanistan dauerhaft zu stabilisieren.

2. Hartz IV Debatte im Plenum

Die notwendige Debatte um Hartz IV und die Zukunft unseres Sozialstaats hat uns in dieser Woche auch im Plenum beschäftigt. Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle machte in der Debatte deutlich, dass wir in Deutschland auch über Leistungsgerechtigkeit diskutieren müssen. Er betonte, dass Erwirtschaften vor Verteilen steht. "Staatsgelder" sind die Steuern der Bürgerinnen und Bürger. Damit diese auch dauerhaft erzielt werden können und Deutschland eine wirtschaftlich stabile und starke Volkswirtschaft bleibt, müssen wir die Mitte entlasten und die ganz normalen Leistungsträger unserer Gesellschaft, den Handwerker, die Krankenschwester, die Arzthelferin, Verkäufer oder Facharbeiter in der Industrie als Referenzmaß für unsere Politik anlegen und danach handeln. Die zum Teil diffamierenden Anschuldigungen gegen Dr. Guido Westerwelle, der unter anderem als "Esel" bezeichnet wurde, belegen, dass den Kritikern in der Sache die Argumente fehlen. Fakt ist, dass jeder 3. Euro, den Bürger und Unternehmen in Deutschland erwirtschaften, in Sozialleistungen fließt. 45% der Ausgaben des Bundes gehen in den Sozialhaushalt. Das Deutschland damit ein Sozialstaat ist, steht für mich völlig außer Frage. In der Plenardebatte betonte Guido Westerwelle, dass er "mitnichten Arbeitslose kritisiert" habe, sondern die Debattenbeiträge nach dem Karlsruher Urteil. Die Tinte unter der Verkündung sei nicht getrocknet, da habe die Opposition bereits erklärt, dass das Thema Hartz IV erledigt sei. Er erinnerte in seiner Rede daran, dass die christlich-liberale Koalition die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Niedriglohnbezieher ausbauen wolle. Zudem wurde das Schonvermögen verdreifacht. Damit hat die christlich-liberale Koalition man in den ersten Monaten mehr soziale Sensibilität bewiesen als die Sozialdemokraten in den letzten elf Jahren. Für die kommenden Jahre kündigte Westerwelle an, dass man den Mittelstandsbauch bekämpfen werde, indem man Steuern und Abgaben senken wolle.

3. Zugangserschwerungsgesetz

Die drei Oppositionsparteien im Bundestag haben am Donnerstag Gesetzentwürfe für die Aufhebung des umstrittenen Internetsperrengesetzes eingebracht. In der Sache bin ich nicht weit von der Position der Opposition entfernt. Schon zu Zeiten, in denen die FDP noch in der Opposition war, habe ich das damalige Vorgehen der Bundesregierung bestimmte Internetseiten lediglich zu sperren massiv kritisiert. Dass heute die SPD das aber nun das Gesetz aufheben will, welches es nur deshalb gibt, weil die SPD in der sog. großen Koalition zugestimmt hat, ist wirklich ein an Unglaubwürdigkeit kaum zu überbieten. Klar ist, dass Kinderpornographie ein abscheuliches

Verbrechen ist. Die neue Regierung wird ein Gesetz auf den Weg bringen, dass dem Grundsatz löschen statt sperren folgt. Die neue Regierung wird ein durchdachtes Gesetz erarbeiten, dass treffsicher ist und nicht vor lauter Aktionismus schnell schnell über die Bühne gebracht werden wird, wie es in der Vergangenheit zu oft gemacht worden ist. Sorgfalt vor Schnelligkeit halte ich an der Stelle für das angebrachte und richtige Vorgehen.

4. Rede zum Arbeitnehmerdatenschutz

Heute habe ich zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE Stellung für die FDP-Fraktion genommen. Der Arbeitnehmerdatenschutz ist für die christlich-liberale Koalition ein wichtiges Thema. An einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz arbeiten wir bereits. Der Antrag der LINKEN jedoch hilft in dieser Debatte nicht weiter. Wenngleich es gewissen Schnittmengen mit Forderungen der FDP in dem Antrag gibt, findet sich leider aber auch viel Unbrauchbares, zum Teil bereits gesetzlich Geregelt oder Forderungen, die an der betrieblichen Praxis weit vorbeigehen.

Heute konnte ich mit meinem Büro endlich in die neuen Räumlichkeiten umziehen. Es hat lange gedauert, bis dieser Umzug nach den Bundestagswahlen realisiert werden konnte, da es massive Schwierigkeiten gegeben hat, bis die nicht mehr gewählten Abgeordneten ihre Büros geräumt haben und die neuen Abgeordneten ihre Arbeit aufnehmen konnten. Meine Aachener Kollegin Petra Müller MdB, die neu in den Bundestag gewählt wurde, wird mein altes Büro übernehmen – bislang hatte sie gar keine Büroräume. Meine Telefonnummern und Kontaktmöglichkeiten bleiben jedoch weiterhin die gleichen. Sie können mich also weiterhin wie gewohnt kontaktieren.

Dafür freue ich mich, dass mein Team in Berlin mit Bernd Ostermayer Verstärkung erhalten hat. Herr Ostermayer wird künftig in meinem Berliner Büro insbesondere für den Kontakt in die Partei und nach Düsseldorf zuständig sein. Sie können sich künftig gerne an ihn wenden.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und freue mich, Sie schon am nächsten Freitag mit einem neuen Newsletter aus Berlin zu informieren. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen


Gisela Piltz, MdB